

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 49–56

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

24. Januar 1919

Sozialisierung und Chemiker.

Von Dr. JULIUS EPHEIM, Berlin.

Die Entwicklung der deutschen Verhältnisse zwingt jeden Staatsbürger, unabhängig von seiner inneren politischen Gesinnung, zu den auftretenden wirtschaftlichen Problemen Stellung zu nehmen. Besonders macht sich dies für den Chemiker geltend, bei dem es sich um zwei Fragen handelt: Wie ist die chemische Industrie vor weitgehenden Schäden zu schützen? Wie kann dem einzelnen Chemiker eine seiner Fachbildung entsprechende Stellung gesichert werden? Daß beide Fragen vielfach ineinander übergreifen, dürfte ohne weiteres klar sein.

Bei der gedeihlichen Entwicklung der chemischen Industrie, von welcher natürlich die künftige soziale Stellung des einzelnen Chemikers in großem Maße abhängt, handelt es sich im wesentlichen darum, ob eine Sozialisierung der chemischen Betriebe möglich ist und in welchem Umfange. Die Aufgabe des Chemikers besteht hier darin, daß er auf Grund seiner Fachkenntnis zu den auftretenden Fragen Stellung nimmt. Mit der einfachen, häufig geäußerten Ansicht, die chemische Industrie sei vielfach (je nach der Auffassung des betreffenden Autors mehr oder weniger) für eine Sozialisierung reif, ist gar nichts gesagt. Derartige Äußerungen sind im Grunde genommen nichts weiter als eine Phrase. Es kommt vielmehr darauf an, welche einzelnen Industriezweige in Erwägung gezogen werden sollen und in welcher Weise die Durchführung des Planes gedacht ist. Der Chemiker wird darzulegen haben, daß eine Unterscheidung der einzelnen Zweige unbedingt notwendig ist. In den meisten Fällen wird dies übersehen. Oberbergrat Dr. P a x m a n n, der vor zu weitgehenden Sozialisierungsversuchen sonst warnt, sagt trotz seiner Zurückhaltung (Vossische Zeitung 21./12. 18, Nr. 651), daß vielleicht auch Arzneimittel und gewisse Chemikalien sozialisiert werden können. Als Maßstab erklärt er Betriebe mit ziemlich feststehenden Produktionskosten und festbegrenztem Abnehmerkreis, mit einer gewissen Stetigkeit der Erzeugung und des Verbrauchs. Daß gerade unter der sonst natürlich offen zu lassenden Anerkennung des Grundsatzes für die Vornahme der Sozialisierung der Chemiker zu den herausgegriffenen Beispielen sehr viele gewichtige Bemerkungen zu machen hätte, ist wohl vollständig klar. Es kommt nur darauf an, daß der Chemiker seine Stimme erhebt und daß man ihre Beachtung auch durchsetzt. Dies ist die wichtigste Forderung, um deren Geltendmachung es sich für den Chemiker handelt, gleichgültig, wie sonst seine Stellungnahme zu den weiteren politischen Fragen auch sein mag. Wie notwendig die sachverständige Äußerung der Chemiker zu den späteren Vorschlägen sein wird, ergibt sich auch aus der Äußerung eines gleichfalls zurückhaltenden Nationalökonom (Dr. Felix Pinner, Berliner Tageblatt 21./12. 18, Nr. 651), wonach bisher ungenügend entwickelte Techniken, wie die Vergasung, sich kaum für den Staatsbetrieb eignen, wohl aber die alten Nebenproduktionen der Koks-erzeugung, wie Ammoniak, Benzol, Teer usw.

Auch die Art der in Aussicht genommenen Sozialisierung bedarf der eingehenden Erörterung seitens des Chemikers. Es wird (Otto Hue, Monopolfrage und Arbeiterklasse, Berlin 1917, S. 156) die Übertragung des Handels mit Bergwerksprodukten an das Reich als Monopol vorgeschlagen, „und nicht zuletzt das Verkaufsmonopol der bei der Verkokung gewonnenen Nebenprodukte“, weil sich auf denselben unsere in der Welt tonangebende, ungewöhnlich profitable chemische Industrie aufbaut. Kann bei einer Verstaatlichung des Handels mit Benzol usw. unsere chemische Industrie den Wettbewerb mit dem Auslande aushalten? Dies ist nicht allein eine Frage der kaufmännischen Kalkulation, an welcher der Chemiker übrigens auch ein nicht geringes Interesse hat, vielmehr muß auch der technische Gesichtspunkt herangezogen werden.

In noch viel höherem Maße ist die technische Beurteilung der Sozialisierung der chemischen Betriebe dahin notwendig, ob ihre Verstaatlichung nur noch eine Frage der Macht ist, wie K a u t s k y meint (Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft,

Leipzig 1918, S. 80). Gerade von diesem Gesichtspunkte aus muß der Chemiker als Techniker das Wort ergreifen.

Auf die Berücksichtigung der ausländischen Verhältnisse, die gerade in der chemischen Industrie eine große Rolle spielen, kann nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden. Das Ziel der Sozialisierung ist Überwindung der Warenproduktion (K a r l K a u t s k y, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm, Berlin 1914, S. 25). Ist ein derartiges Ziel in der chemischen Industrie durchführbar, wenigstens jetzt, wo im Auslande noch die kapitalistische Produktionsweise herrscht? Der Beachtung dieser Verhältnisse wirkt zwar die Sozialdemokratie (Vorwärts 21./12. 18 abds.) unverfälschte kapitalistische Gesinnung vor. Wenn aber die deutsche chemische Industrie wieder in die Höhe kommen will, um damit auch das deutsche Wirtschaftsleben zu heben, bleibt nichts anderes übrig, als die ausländische Produktionsweise kaufmännisch und technisch nach Mark und Pfennigen abzuwägen.

Wenn man die Sozialisierung betrachtet, muß man auch die Stellung des Chemikers in den sozialisierten Betrieben prüfen. Seitens der Befürworter der Sozialisierung wird den Arbeitern gerade als Bremsschuh für ein allzu schnelles Vorgehen bei der Umstellung der Betriebsordnung die Stellung der Techniker entgegengehalten. K a u t s k y (Freiheit 29./12. 18) warnt davor, die bürgerliche Welt als ein Gehege von Schurken zu betrachten. Er hält den Freunden der schnellen Sozialisierung vor: „Sie mißachten die geistigen und ökonomischen Leistungen (der Bourgeoisie) und glauben, die Proletarier vermöchten ohne jedes Fachwissen und ohne jegliche Vorbereitung sofort alle politischen und ökonomischen Funktionen zu übernehmen, die von den bürgerlichen Gewalten bisher ausgeübt wurden.“ Hier ist die Frage angeschnitten, welche für den Chemiker als einzelnen Berufsangehörigen in erster Linie in Betracht kommt. Dieser Punkt ist auch von anderer Seite in Erwägung gezogen worden. Man hat darauf hingewiesen („A. u. S.-Räte“, Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1918, S. 11), daß bei Betriebswahlen die geistigen Arbeiter ausgeschaltet werden und daß das Arbeiten vom frühen Morgen bis zum späten Abend als Pflicht und Zwang für alle geistigen Arbeiter gelte (S. 9). Die Anerkennung des Chemikers als geistiger Arbeiter und die Berücksichtigung seiner Eigentümlichkeit gehört zu den Problemen, welche der Umbau unseres Wirtschaftslebens bietet. Diese wichtige Berufsfrage ist eine der Zukunftsaufgaben, bei deren Lösung der Chemiker nicht tatenlos beiseite stehen darf, wenn er nicht seine künftige Stellung ein für allemal gefährden will. Der Chemiker darf hier nicht mit seiner Anteilnahme zurückhalten. „Uns Chemikern erwächst die Pflicht, tatkräftig und rastlos mitzuarbeiten an der Wiedererstarke unserer chemischen Wissenschaft und Industrie.“ (Th. Diehl).

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Vereinigte Staaten. Einführung von Eisenerz als Ballast. Nach einer Bekanntmachung des „War Trade Board“ dürfen auf Schiffen, die von Schweden, Norwegen, Spanien und Nordafrika nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika kommen, insgesamt 70 000 t phosphorarmes Erz als Ballast eingeführt werden; Voraussetzung dabei ist, daß die Einfuhr vor dem 1./7. 1919 erfolgt. Das Erz darf nicht mehr als 0,12% Phosphor auf 50% metallisches Eisen enthalten. (Dagens Nyheter vom 7./12. 1918.) II.

Ceylon. Der Gouverneur von Ceylon hat die Verminderung des Ausfuhrzölles für Gummi von 7½ Cents auf 3 Cents (etwa ½ d) für 1 lb vorgeschlagen, um die Gummindustrie auf Ceylon zu heben. Der Ausfall soll u. a. durch Wiedereinführung des Ausfuhrzölles auf Kopro und Cocosnußöl gedeckt werden. (Times vom 18./11. 1918; W. N. D.) II.

England. Weitere Milderung der Ausfuhrverbote wurden unterm 20./12. bekanntgemacht. (Wegen Bedeutung

der Buchstaben A, B und C vgl. S. 42.) Völlig zu streichen in der Liste der Ausfuhrverbote sind u. a. Eisenoxyde, sowie Gemische, die Eisenoxyde enthalten A; Eisen und Eisenwaren, die Chrom, Kobalt, Molybdän, Nickel, Wolfram oder Vanadium enthalten A; Glas für optische Instrumente A; Graphit B; Gemische, die Bariumsulfat enthalten A (für Bariumsulfat selbst bleibt das Verbot bestehen); Kresol und Gemische (für alle übrigen Steinkohlenteerderivate [außer Solventnaphtha] bleiben die Ausfuhrverbote bestehen); Magnesiumchlorid und -sulfat sowie Gemische A; Blotalbumin A (für anderes Albumin bleibt das Verbot bestehen). — Von Liste A nach Liste B versetzt ist Milchsäure. (The London Gazette vom 20./12. 1918.) *Sf.**

Frankreich. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Äußern können u. a. auch Eisen und Stahl sowie Gegenstände daraus ohne Garantiezeugnisse nach den vier neutralen nordischen Staaten ausgeführt werden. *on.*

Schweiz. Erleichterung der Einfuhr aus den Entente-Ländern. Das französische Amtsblatt veröffentlicht eine Kundgebung des französischen Blockadeministers an die französischen Ausfuhrhäuser, wonach die alliierten Regierungen beschlossen haben, vom 25./12. 1918 an die Sendungen u. a. nachstehender Waren, die für die Schweiz bestimmt sind, von der Formalität der Konsignation an die S. S. S. zu befreien. Diese Waren dürfen in die Eidgenossenschaft ohne Beschränkung der Kontingente eingeführt werden. Dabei ist aber verstanden, daß die betreffenden Waren nicht an Firmen, Personen und Gesellschaften gesandt werden dürfen, die von der französischen Regierung auf den Index gesetzt worden sind. Diese Verfügung betrifft u. a. folgende Waren: Artikel aus Phantasieleder und Lederimitation, ungezuckerten Fruchtsaft, Ölessenzen, Kaolin, Liköre, Rohmarmor, Celluloidgegenstände, photographische Platten, Zahnplombagen, verschiedene chemische, pharmazeutische und Drogerieartikel, Weine. *ar.*

Österreich-Ungarn. Freigabe von Papiergewebe aus Papiergarn. Die Baumwollsektion der Tschechoslowakischen Textilsektion beschloß eine Verordnung zu erlassen, wonach zur Erzeugung folgender Waren Baumwolle nicht verwendet werden darf: Wachseleinwand, Buchbinderleinwand, Säcke, Umschlagehüllen, Plane, Strohsackstoffe, Teppiche, Tapezierstoffe und Polsterstoffe in Eisenbahnwagen. Zur Erzeugung dieser Waren dürfen nur Papiergewebe, die sich für diese Zwecke als guter Ersatz bewährt haben, benutzt werden. Weiter wurde beschlossen, daß sämtliche Verbote betreffend die Einschränkungen des Handels mit Baumwollwaren zurückgezogen und sämtliche in den Fabriken und Geschäften bisher beschlagnahmten Vorräte zum Verkauf freigegeben werden. Desgleichen sollen Abfallgarne, Abfälle sonstiger Art und Abfälle aus Spinnereien sowie Lumpen dem freien Handel überlassen bleiben. (Prager Tagblatt.) *u.*

Deutschland. Durch Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vom 19./11. 1918, R. K. Exp. 7304, sind die Zollstellen ermächtigt worden, die Ausfuhr aller an den Grenzen infolge der Einstellung des Güterverkehrs zurückgehaltenen, zur Ausfuhr bestimmten Güter, für die eine Ausfuhrbewilligung erteilt ist, ohne Rücksicht auf den im Einzelfall inzwischen erfolgten Ablauf der Gültigkeitsdauer der Ausfuhrbewilligung, zuzulassen. *on.*

Nichterhebung des Freigelds bei der Verzollung von Trinkbranntwein. Bei der Verzollung von Trinkbranntwein nach den gemäß § 266 des Gesetzes über das Branntweinmonopol am 1./10. 1918 in Kraft getretenen Vorschriften des § 140 dieses Gesetzes sind, wie bekannt geworden ist, Zweifel darüber entstanden, ob die in der Anmerkung 1 zu T.-Nr. 178 und 179 neben dem Zolle vorgeschriebene Erhebung des Freigelds schon jetzt für aus dem Ausland eingeführten Trinkbranntwein zu erfolgen habe. Zur Behebung dieser Zweifel und zur Vermeidung unrechtmäßiger Erhebungen von Freigeld wird darauf hingewiesen, daß bei der Einfuhr von Trinkbranntwein die durch die Anmerkung 1 zu T.-Nr. 178 und 179 vorgeschriebene Erhebung von Freigeld erst dann einzutreten hat, wenn das genannte Gesetz insbesondere die darin enthaltenen, sich auf die Erhebung von Freigeld beziehenden Vorschriften in Kraft getreten sind, und daß bis zu diesem Zeitpunkt für aus dem Ausland eingehenden Trinkbranntwein nur die Erhebung des Zolles in Frage kommt. *u.*

Zollbehandlung von als Met bezeichneten Getränken. Es hat sich herausgestellt, daß unter der Bezeichnung „Met“ Getränke in den Handel kommen, die aus Honig unter Verwendung von Hopfen und Zusatz von Citronensaft und Gewürzen hergestellt, auch nicht vollständig ausgegoren sind. Derartige Getränke können als Met der Nr. 185 nicht angesehen werden, sondern müssen den ohne Zusatz von Branntwein oder Wein künstlich bereiteten Getränken derselben Tarifnummer zugezählt werden; für sie ist deshalb neben dem Zollsatz von 24 M oder 48 M für 1 dz nach Maßgabe des Weingeistgehalts die innere Abgabe zu erheben. *ar.*

Im § 30 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 25./5. 1910 wird als Abs. 3 hinzugefügt: „Bei den Entschei-

dungen der Verteilungsstelle auf Grund der Vorschriften des § 20a Abs. 2 bis 8 (Reichs-Gesetzbl. für 1917, S. 501, für 1918 S. 749) wirken an Stelle zweier der von den Kaliwerksbesitzern gewählten Beisitzer zwei Beisitzer mit, die von den Werksangestellten gewählt werden. Als Werksangestellte im Sinne dieses Gesetzes gelten alle auf einem Kaliwerke beschäftigten kaufmännischen, technischen und sonstigen Angestellten, soweit sie nicht nach den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats als im Lohne beschäftigte Arbeiter (§ 13) anzusehen sind.“ *on.*

Laut Verordnung vom 10./1. 1919 tritt die Bekanntmachung Nr. L. 999/10. 18 ERA., betreffend Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht für Lederabfälle, vom 19./10. 1918 bis zum 31./3. 1919 außer Kraft. *u.*

Änderungen der deutsch-dänischen Gütertarife. Wie die Eisenbahndirektion Altona mitteilt, erscheint zum 1./1. 1919 eine Neuausgabe des vorgenannten Tarifs, die auch eine andere Fassung des Ausnahmetarifs für Eisen und Stahl vom Ruhrbezirk und von Oberschlesien nach dänischen Verbrauchsplätzen enthält. In dem neuen Tarif sind die bisher als besondere Zuschläge erhobenen Frachtzuschläge der dänischen Bahnverwaltungen sowie die bisher gleichfalls an Hand einer besonderen Zuschlagstafel berechnete Reichsverkehrsabgabe und der Kriegszuschlag eingerechnet. Außerdem sind die sonst noch auf verschiedenen Bahnen in letzter Zeit eingeführten Zuschläge und Erhöhungen berücksichtigt. Von Interesse ist weiterhin die Mitteilung, daß die dänische Preisregelungskommission, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, für den Binnenverkehr die Herabsetzung der Kohlenfrachten von 77 auf 50 Kr. beschlossen hat. Diese Bestimmung soll sogar rückwirkend für alle seit dem 6./11. 1918 eingetroffenen Ladungen gelten. Die Folge wird eine Herabsetzung der Preise um rund 2 Kr. für 1 hl sein. Der Währungszuschlag für Umhandlungsfrachten im Verkehr nach Dänemark ist schon wieder erhöht worden und beträgt nunmehr 120%. (Nach „Rh.-Westf. Ztg.“) *Wth.*

Wirtschaftsstatistik.

Amerikanische Roheisenerzeugung im Kriege. Mehr noch als die englische hat die amerikanische Roheisenerzeugung im Kriege eine starke Vermehrung aufzuweisen. Das Charakteristische der amerikanischen Erzeugungsmethoden ist die Sprunghaftigkeit, die sie schon im Frieden besaßen. Von 1915 auf 1916 springt die Erzeugungsziffer von 29 auf 39 Mill. t um 35%. Sie hat damit ihren Höhepunkt erreicht und geht nun wieder zurück. Das Ergebnis von 1918, von dem nur 9 Monate vorliegen, dürfte jedenfalls etwas hinter demjenigen des Jahres 1917 zurückbleiben. Die amerikanische Eisenindustrie hat vom Kriege sicherlich am meisten profitiert und sie wird die erweiterte Stellung auch nach dem Kriege zu behaupten suchen. Die Erzeugungsziffern stellen sich in Millionen Tonnen:

1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918 9 Monate
23,65	29,73	30,97	23,33	29,92	39,43	38,65	28,23

Die Roheisenpreise, wie sie sich im Kriege herausgebildet haben, sind heute folgende: Bessemer Roheisen 35,20 Doll., basisches Roheisen 33 Doll., Gießereiroheisen 29,34 Doll., schmiedbares Roheisen 34,50 Doll. und Schmiedeeisen 33 Doll. ab Hochofen. Für Stahl gelten folgende Preise: Stahlknüppel 47,50, Platinen und kleine Brammen 51 Doll., Stahlstangen 57 Doll., Spiegeleisen (16%) 75 Doll. ab Hochofen und Ferromangan (70%) 250 Doll. franko. (Rh.-Westf. Ztg.) *Wth.*

Die Goldherzeugung der Vereinigten Staaten betrug im letzten Jahre 3 313 373 Unzen im Werte von 68 483 500 Doll., gegen 83 750 000 Doll. i. V. Die Silberherzeugung betrug 67 879 206 Unzen, gegen 71 740 362 Unzen i. V. (Die Zeit.) *u.*

Die Kupferherzeugung der amerikanischen Raffinerien betrug im ersten Halbjahr 1918 544 000 l/t gegen 567 000 l/t im ersten Halbjahr und 1,07 Mill. t im Kalenderjahr 1917. (Economic World vom 10./8. 1918.) *on.*

Die Rohölerzeugung der Vereinigten Staaten des Jahres 1918 wird auf 370 Mill. Fässer oder 28,2 Mill. Fässer mehr als i. V. geschätzt. In den ersten 6 Monaten d. J. betrug die Erzeugung 170,6 Mill. Fässer gegen 160,2 Mill. Fässer im ersten Halbjahr 1917. Das Ergebnis der diesjährigen rekordbrechenden Erzeugung ist die Folge der bedeutend vermehrten Bohrungen in den Ölgebieten. Die Förderung vermochte trotzdem mit dem Verbrauch nicht Schritt zu halten, der im ersten Halbjahr d. J. um 13 Mill. Fässer größer war als im gleichen Zeitraum d. V. und die Erzeugungsziffer in den ersten 6 Monaten d. J. um 8 Mill. Fässer überschritt. Die Petroleumvorräte betrugen am 30./6. 1918 142 Mill. Fässer gegen 165,2 Mill. Fässer am 30./6. 1917 und 169,3 Mill. Fässer am 1./1. 1917. — Die Gesamtverkäufe von aus einheimischem Petroleum hergestellten Asphalt betrugen in 1917 0,7 Mill. sh/t im Werte von 7,7 Mill. Doll. und von aus mexikanischem Petroleum gewonnenen Asphalt 0,65 Mill. sh/t im Werte von 7,4 Mill. Doll. (Wall Street Journal vom 4./7. u. 3./10. 1918; W. N. D.) *ar.*

Der Gesamtwert des **Außenhandels der Vereinigten Staaten im November** belief sich auf 522 Mill. Doll., was dem Ausfuhrwert des Oktober (vgl. Angew. Chem. 31, III, 635 [1918]) gegenüber eine Zunahme von 19 Mill. Doll. bedeutet. (New York Herald vom 23./12. 1918.)

Die **Ausfuhr von Vanadiumeisen und Wolfram aus den Vereinigten Staaten** ist beträchtlich im Zunehmen begriffen. Sie betrug (in sh/t):

	Vanadiumeisen	Wolframeisen und Wolfram
1917	1215	1106
1916	1016	287
1915	420	— ¹⁾
1914	385	— ¹⁾
1913	302	— ¹⁾

(Iron Age vom 1./8. 1918; W. N. D.)

Die **Zinneneinfuhr der Vereinigten Staaten** (vgl. Angew. Chem. 31, III, 565 [1918]) betrug im Fiskaljahr 1917/18 fast 70 000 t gegen 67 500 t i. V. 13% der Einfuhr bestand aus bolivianischen Erzen, die in den Vereinigten Staaten verhüttet wurden, während noch zwei Jahre zuvor nur Metall eingeführt wurde. (Fin. Times vom 19./8. 1918.)

Die **Lederein- und -ausfuhrbewegung der Vereinigten Staaten** war in den letzten drei Fiskaljahren folgende:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in 1000 t	in Mill. Doll.	in 1000 t	in Mill. Doll.
1917/18	216	131,6	6,0	4,1
1916/17	350	216,4	4,9	3,0
1915/16	372	158,9	8,6	3,9

(Maasbode vom 18./10. 1918; W. N. D.)

Nach einem amtlichen Bericht betrug die **Balataerzeugung Britisch-Guayanas** aus den Kronwäldern in 1917 710 t, ein Mehr von 54 t gegen das Vorjahr. (India Rubber Journ. vom 30./11. 1918; W. N. D.)

Die durchschnittliche **Jahreseinfuhr ausländischer Farbstoffe nach Siam** (vgl. a. Angew. Chem. 29, III, 655 [1916]; 30, III, 10 [1917]) betrug in den letzten 6 bis 7 Jahren etwas über 130 000 Tikals (1 Tikal = etwa 250 M). Während des Krieges kamen noch große Mengen von Anilinfarben vom europäischen Kontinent über Holland, welche in den siamesischen Zollausweisen als holländische Einfuhr bezeichnet werden. Nach dem „Neuen Orient“ betrug die Einfuhr aus den verschiedenen Ländern während der letzten 3 Jahre:

	1914/15		1915/16		1916/17	
	1000 kg	Tikals	1000 kg	Tikals	1000 kg	Tikals
Anilinfarben	48,1	42,8	19,9	35,3	46,5	92,2
Indigo	98,6	41,5	267,5	63,9	365,3	108,5
Sonstige Farbstoffe	61,5	49,8	44,1	37,4	30,5	35,2

Nach dem Jahresbericht über den **niederländischen Bergbau im Jahre 1917** war die **Kohlenförderung** in den drei letzten Jahren die folgende:

	1915	1916	1917
	in 1000 t		
Domaniale Grube	393	389	468
Willem Sophia	210	230	247
Oranje-Nassau	524	649	747
Laura en Vereeniging	352	418	453
Wilhelmina	450	475	489
Emma	333	488	557
Hendrik	—	7	46
Zusammen: 2262 2656 3007			

Es ist also gelungen, die Förderung ganz erheblich zu steigern, wenn auch der holländische Bedarf, der in normalen Zeiten mindestens 8 Mill. t jährlich beträgt, bei weitem nicht gedeckt werden konnte. Die Einfuhr, die im Jahre 1916 noch 5 679 000 t betragen hatte, sank 1917 auf 2 661 000 t und ist seitdem noch weiter zurückgegangen. Durchschnittlich standen 1917 15 028 Personen im Dienst der Steinkohlengruben, davon 10 922 unter Tag. Der Durchschnittslohn eines Bergarbeiters unter Tag betrug für die Schicht 4 Gld., und die Leistung eines Häuers war ungefähr 1,65 t in einer Schicht. Der Braunkohlenbergbau wurde von zwei Gesellschaften betrieben, nämlich von der Grube „Carlsborg“ in Heerlen und der Grube „Bergerode“. Insgesamt wurden 1917 nur 42 442 t Braunkohlen gefördert. (Nachrichten 4, 1919.)

In „Handelsberichten“ vom 5./12. 1918 werden folgende Ausführungen gemacht: Bisher ist der **Baumwollanbau in Niederländisch-Indien** äußerst gering. Die zahlreichen Enttäuschungen, die man mit den bisherigen Versuchen gemacht hat, sind auf die Wechselfälle in den Ernten zurückzuführen. Da die

¹⁾ Die Ausfuhr von Wolfram vor 1916 war ganz unbedeutend. Vor Kriegsausbruch war Deutschland das größte Ausfuhrland hierfür.

Baumwollpflanzen während des Wachstums viel Regen brauchen, nach der Blütezeit jedoch sehr trockener Witterung bedürfen, eignet sich das auf Niederländisch-Indien herrschende Klima für diese Pflanzen wenig, weil dort auf das Eintreffen der Ost- und Westmonsune zu regelmäßigen Zeitpunkten nicht zu rechnen ist. Trotzdem hat man die Versuche nicht gänzlich aufgegeben, und ein zu diesem Zwecke gebildetes Syndikat hat auf Flores auch gute Erfolge mit dem Anbau einer ganz bestimmten Baumwollsaatsorte, „Caravonica“, gemacht. Die Baumwollpflanzungen in Niederländisch-Indien verteilen sich in der nachstehend ersichtlichen Weise:

Java	Bepflanzte Oberfläche
Preanger	197 Bouws
Cheribon	125 „
Pekalongan	122,7 „
Semarang	732 „
Soerabaja	157,5 „
Madoera	18 „
Paseroean	15 „
Madioen	748 „

Zusammen: 2 115,2 Bouws

Außenbesitzungen	Bepflanzte Oberfläche
Bali und Lombok	3 360,5 Bouws
Palembang	7 000 „
Ostküste Sumatra	2 117,2 „
Lampongsche Bezirke	50 „

Zusammen: 12 527,7 Bouws

Die Sorten, die angebaut werden, sind sehr verschieden. In der Hauptsache ist es jedoch „*Gossypium obtusifolium* Roxb.“¹⁾. In Palembang wird mit Vorliebe die „*Kapas Oeloe*“ angepflanzt, die in Europa weniger begehrt ist und in der Hauptsache nach China und Japan über Singapore ausgeführt wird, wo sie zu billigen Baumwollwaren verarbeitet wird. Die Ausfuhr findet meist in unentkerntem Zustand statt. Man ist jedoch bestrebt, die Entkernung in Zukunft an Ort und Stelle vorzunehmen. Der Handbetrieb bei der Entkernung ist in jüngster Zeit durch Maschinenbetrieb ersetzt worden. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die in den Jahren 1913—1916 aus Niederländisch-Indien ausgeführten Mengen roher und entkernter Baumwolle.

	1913	1914	1915	1916
Entkernte Baumwolle	t	t	t	t
Niederlande	19	39	139	635
Großbritannien	7	—	—	31
Frankreich	4	—	—	—
Belgien	10	—	—	—
Deutschland	399	3	—	—
Rußland	—	3	—	—
Singapore	164	80	205	483
Hongkong	39	—	—	—
Japan	40	—	373	236
China	—	—	37	—
Australien	41	—	3	1
Andere Länder	—	—	—	2
Zusammen	723	125	757	1398

	1913	1914	1915	1916
Nicht entkernte Rohbaumwolle	t	t	t	t
Niederlande	21	19	109	87
Großbritannien	—	3	—	—
Deutschland	7	79	—	—
Singapore	9 287	1995	2268	5098
Hongkong	64	146	25	16
Japan	761	367	800	853
China	31	—	—	—
Australien	—	—	—	3
Zusammen	10 171	2609	3202	6057

Durch die Ausfuhr entkernter Baumwolle werden beträchtlich höhere Gewinne erzielt. (Nachrichten 4, 19.)

Der **Grubenbetrieb Norwegens seit dem Jahre 1900** (vgl. a. Angew. Chem. 19, 1735 u. 2006 [1906]; 20, 1158 [1907]; 29, III, 37 [1916]; 30, III, 37 [1917] u. a. O.) Ein Aufsatz in der „Nationaltidende“ vom 27./12. 1918 enthält folgende Angaben: Bis zum Jahre 1900 waren in den Bergwerken durchschnittlich 2500 Arbeiter beschäftigt, der Erzeugungswert belief sich auf gut 4 Mill. Kr. jährlich. In den fünf Jahren 1901—1905 stieg die Anzahl der Arbeiter auf ungefähr 3400, der Produktionswert auf gut 6 Mill. Kr. Für die folgenden fünf Jahre (1906—1910) lauteten die Zahlen 5900 und gut 10 Mill. Kr., und in den letzten fünf Jahren (1911—1915) 7300 und 23,6 Mill. Kr. Diese Entwicklung machte trotz der wiederholten Stilllegungen während des Krieges Fortschritte, so daß die Anzahl der

¹⁾ Roxburgh.

Arbeiter im Jahre 1915 8060 und der Wert der Ausbeute 41,3 Mill. Kr. betragen hat; im Jahre 1916 belief sich die Arbeiteranzahl auf 7343 und der Wert auf 31,7 Mill. Kr.; für das Jahr 1917 sind noch keine Angaben vorhanden. In den obengenannten Zahlen ist der Hüttenbetrieb nicht einbegriffen, der im Jahre 1916 bei einem Herstellungswert von 11,5 Mill. Kr. 462 Mann beschäftigte. Der Bergwerksbetrieb hat besonders im Norden des Landes seit der Jahrhundertwende einen großen Aufschwung genommen. Vor der Jahrhundertwende war Kies das Hauptzeugnis aus den Bergwerken; von da ab begann der Aufschwung der Eisenerzeugung. Der Produktionswert ist, was Kies anbetrifft, jedoch erheblich größer als der des Eisenerzes. Ein bedeutender Teil des Grubenbetriebs arbeitet für die Erzausfuhr, und nur der kleinere Teil des Erzes wird in den inländischen Hütten verarbeitet. Aus dem Kies wird das eigentliche Kupfererz gewonnen, und die Erzeugung von Kupfer hat in den letzten Jahren (mit Ausnahme des Jahres 1916) zugenommen. Das gewonnene Nickel wird jetzt ebenfalls in den norwegischen Hütten behandelt, während es früher in rohem oder halbveredeltem Zustand ausgeführt wurde. Dagegen wird nur ein sehr geringer Teil des Eisenerzes in Norwegen selbst zur Herstellung von Roheisen verwandt. Wie oben erwähnt, belief sich der Produktionswert von Erzen und Mineralien im Jahre 1916 auf 31,7 Mill. Kr. Dieser Betrag verteilt sich folgendermaßen: Silber 0,6 Mill. Kr., Kupfererz 3,3 Mill. Kr., Schwefelkies (zum Teil mit Kupfer) 14,5 Mill. Kr., Nickel 0,3 Mill. Kr., Eisenerz 9,4 Mill. Kr., Chromerz 0,6 Mill. Kr. und Molybdänglanz 1,6 Mill. Kr.; auf Apatit, Feldspat und Feldspatmehl entfallen etwa 100 000 Kr. und auf zwei bis drei andere Erze und Mineralien noch geringere Beträge. Bei dem Produktionswert für Hüttenzeugnisse (11,5 Mill. Kr.) entfallen 0,7 Mill. Kr. auf Silber, 6 Mill. Kr. auf Kupfer, 3,6 Mill. Kr. auf Nickelmetall und 1,2 Mill. Kr. auf Roheisen. Eisenerz wird in folgenden Gruben gewonnen: Sydvaranger 313 500 t, Melö-Grube 31 576 t, Fehus-Gruben 21 650 t, Klodeberg-Gruben 21 000 t und Fosdalen-Gruben 10 954 t. Die größten Mengen von Nickel kommen aus Ringeriges-Värks-Gruben (42 036 t) und Flaad-Gruben (32 607); Schwefelkies: Lökken-Grube (103 240 t), Sulitjelma-Värks-Gruben 65 795 t, Foldals-Värks-Gruben 25 403 t, Kjöl-Grube 15 183 t und Stord-Gruben 13 358 t; Kupfererz: Sulitjelma-Värks-Gruben 8871 t, Birtavarre-Gruben 8642 t und Röros-Värks-Gruben 6530 t. (Nachrichten 4, 19.)

Der Handel der britischen Salomoninseln. „British Export Gazette“ schreibt im Dezemberheft 1918: Die Bedeutung des britischen Teiles der Salomoninseln darf nicht übersehen werden. Es kann eine bedeutend größere Kopragewinnung als bisher erwartet werden, die größtenteils auf den Unternehmungsgeist der Lever's Pacific Plantations Ltd. zurückzuführen ist, deren Aktienmehrheit im Besitz der Firma Lever Bros., Port Sunlight, ist. Viele neue Pflanzungen, die größtenteils im australischen Handelsregister eingetragen sind, werden jetzt Erträge abwerfen. Die Kopraverschiffungen werden daher wahrscheinlich in der nächsten Zeit stark zunehmen. Die Koprerausfuhr betrug im Rechnungsjahre 1917/1918 6 943 t oder über 1000 t mehr als in den vorhergehenden zwölf Monaten. Der Handel der Inseln wird größtenteils durch Sidneyer Geschäftshäuser getätigt. Trotz dem Mangel an Schiffsraum hat die verhältnismäßig kleine Einfuhr ständig zugenommen; sie betrug 1917/1918 154 743 gegen 139 358 Pfd. Sterl. im Jahre 1916/1917 und 135 800 Pfd. Sterl. im Jahre 1915/1916. Die Ausfuhr nahm verhältnismäßig noch mehr zu, sie betrug im letzten Jahre 149 743 Pfd. Sterl. Diese kleinen Märkte dürfen nicht unterschätzt werden, da viele von ihnen entwicklungsfähig sind. (W. d. A.)

Außenhandel Nigerias im Jahre 1917. Einem kürzlich veröffentlichten amtlichen statistischen Bericht zufolge beläuft sich der Wert der Einfuhr Nigerias im Jahre 1917 auf 7 544 000 Pfd. Sterl. und übertrifft damit den Einfuhrwert des Jahres 1913, des bisher günstigsten Jahres, um 342 000 Pfd. Sterl. Aus Großbritannien wurden Waren im Werte von 5,641 Mill. Pfd. Sterl. bezogen gegen 4,931 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1913. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika wird auf 698 000 Pfd. Sterl. bewertet gegenüber 302 000 Pfd. Sterl. im Jahre 1913. Während in letzterem Jahre keine Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten stattgefunden hatte, wurden im Jahre 1917 Waren im Werte von 1 118 000 Pfd. Sterl. dorthin gesandt. Die Einnahmen Nigerias sind nicht von der Spirituseinfuhr abhängig, und die günstigen Handelsberichte des Jahres 1917 zeigen, daß die Gewinnung von Palmöl und Palmkernöl nicht auf eingeführten festländischen Spiritus angewiesen war. Vor dem Kriege bestand die Überseeimport Deutschlands in der Hauptsache aus Handelsspirit, und Deutschlands afrikanischer Handel war darauf aufgebaut. In Lagos führte im Jahre 1913 eine deutsche Firma 1¼ mal so viel Spiritus ein als die beiden größten britischen Einfuhrfirmen, und zwei deutsche Firmen, die an der Spitze der Einfuhrhändler standen, führten fast ebensoviel ein als alle britischen Firmen zusammengekommen. — Die Einfuhr Nigerias erreichte im Jahre 1917 einen Wert von 8 592 329 Pfd. Sterl., das ist eine Zunahme um 1 813 025 Pfd. Sterl. dem Jahre 1913 gegenüber. (B. B. Z.)

Die spanische Einfuhr von Eisenkies in den ersten sechs Monaten des Jahres 1918 belief sich, wie die „France-Italie“ vom 12./12. 1918

mitteilt, auf 561 892 t gegen 1 014 636 t in der gleichen Zeit des Jahres 1917. (Nachrichten 4, 19.)

Deutschlands Roheisenerzeugung. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat soeben eine Statistik über die Roheisenerzeugung im deutschen Zollgebiet in den Jahren 1916—1918 herausgegeben. Danach betrug die Zahl der im Betrieb gewesenen Hochofenwerke im monatlichen Durchschnitt 81; im Jahre 1918 ging die Zahl im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober auf 76 zurück. Für November und Dezember liegen Ziffern noch nicht vor. In 1913 wurden durchschnittlich 93 Betriebe gezählt. Die gesamte Roheisenerzeugung stellte sich im deutschen Zollgebiete in den Jahren 1913, 1914 und 1916 bis 1918 wie folgt:

1913	19 311 676
1914	14 389 547
1916	13 284 738
1917	13 142 278
1918 (Januar bis Oktober)	10 807 494

Auf die einzelnen Industriegebiete verteilt sich die Roheisenerzeugung wie folgt:

	1916	1917	1918 Jan. bis Okt.
Rheinland-Westfalen	5 749 806	5 932 914	5 149 543
Schlesien	784 052	751 805	609 903
Siegerland u. Hessen-Nassau	868 544	967 800	831 076
Nord-, Ost- und Mittel-			
deutschland	663 666	860 878	679 540
Süddeutschland	255 325	168 627	146 729
Saargebiet und bayerische			
Rheinpfalz	944 730	898 350	708 863
Lothringen	2 061 115	2 020 125	1 494 872
Luxemburg	1 957 500	1 541 748	1 183 918
	13 284 738	13 142 278	10 807 494

Von der Gesamterzeugung im deutschen Zollgebiet entfielen auf die einzelnen Roheisensorten:

	1916	1917	1918 Jan. bis Okt.
Hämatit	—	699 042	31 109
Gießereiroheisen	2 019 991	1 313 235	908 049
Bessemer-Roheisen	152 660	150 019	115 689
Thomas-Roheisen	8 515 086	8 307 541	6 773 492
Stahleisen	—	—	—
Spiegeleisen	2 380 308	2 446 092	2 255 312
Ferrömangan u. Ferrosilicium	—	—	—
Puddelroheisen	216 693	195 351	141 919
Sonstiges Eisen	—	50 937	581 933
	13 284 738	13 142 278	10 807 494

Für Hämatit und „sonstiges Eisen“ liegen für 1916 keine Ziffern vor; Hämatit ist für dieses Jahr in den Ziffern für Gießereiroheisen enthalten. (B. B.-Ztg.)

Übersichtsberichte.

Finanzierung und Ausbreitung des amerikanischen Ausfuhrhandels. Die amerikanischen Finanzleute und Industriellen beginnen die Frage zu erörtern, wie der Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten bei der Rückkehr der Friedensverhältnisse zu finanzieren sei. Während es — der Meinung jener Interessenten zufolge — noch ungewiß ist, bis zu welchem Grade Europa in bezug auf Fertigwaren von Amerika abhängen wird, läßt sich doch mit Sicherheit annehmen, daß es Rohstoffe und Halbfabrikate in starkem Umfange von dort beziehen müssen wird. Europa wird nicht in der Lage sein, diese Dinge mit Geld zu bezahlen, und es wird vermutlich auch eine geraume Zeit vergehen, bis die Erzeugung der alten Welt sich so gesteigert hat, daß Waren eingetauscht werden können. Daher ist es unvermeidlich, daß die Vereinigten Staaten ihren europäischen Abnehmern Kredite eröffnen, was amerikanische Finanzleute durch Ausgabe ausländischer Schuldverschreibungen zu tun beabsichtigen. Präsident Vanderlip von der National City Bank of New York äußerte kürzlich in einer Versammlung von Ausfuhrfabrikanten, daß diese Ausgaben unmittelbar durch Bankagenten und Emissionshäuser vorgenommen werden können, die durch Vermittlung europäischer Korrespondenten und Zweigniederlassungen darauf vorbereitet sein müßten, dem Publikum jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Mit der Zeit würde dann die New Yorker Börse vielleicht dahin gelangen, gleich der Londoner Börse ein wirklich internationaler Markt zu werden. Es besteht in New York ferner die Neigung, unter der Leitung der Investment Bankers' Association einen ähnlichen Ausschuß zu gründen wie den britischen Council of Foreign Bondholders. Kürzlich hielt das Committee on Foreign Securities dieser Vereinigung ihre erste Versammlung ab, in der Mr. Thomas W. Lamont, von der Firma J. F. Morgan and Co., den Vorsitz führte. Man beabsichtigt, eine dauernde Einrichtung zu schaffen,

deren Aufgabe es sein soll, hinsichtlich der Verhältnisse in fremden Ländern, die für amerikanischen Interessen in Betracht kommen, möglichst ausführliche Angaben zu beschaffen. Wie die Vereinigten Staaten während des Krieges fast überall, wo Wirtschaftsinteressen zu verfolgen waren, Handelssachverständige und Nachrichten-institute, Konsulate und dergleichen errichtet haben, so wird jetzt in Bordeaux mit Rücksicht auf die dort in großer Zahl wohnenden Amerikaner und mit dem Zweck, die Handelsverbindungen mit Amerika auszubauen, unter Mitwirkung der Handelskammer und der Stadtverwaltung von Bordeaux und des Generalrats des Departements Gironde eine französisch-amerikanische Handels- und Gewerbehochschule errichtet. Projektor wird Präsident Wilson sein. — Wie Amerika in Südamerika immer mehr Propaganda betreibt, geht daraus hervor, daß das Bureau für Innen- und Außenhandel Schriften nach den spanisch-amerikanischen Ländern schickt, um das Absatzgebiet der Vereinigten Staaten für Eisenbahn- und Baustahl zu erweitern. Diese Schriften sind in Englisch und Spanisch abgefaßt und beschreiben die in den Vereinigten Staaten gangbaren Muster. Außerdem errichtet die American Mercantile Bank of Brasil Zweigstellen in den Hauptstädten der Staaten Maranhas, Piauh, Ceara, Rio Grande do Norte, Parahyba und Alagoas. Aber nicht nur Südamerika, Europa und Asien ist das Ziel der nordamerikanischen Expansionsbestrebungen. Auch Afrika soll „wirtschaftlich durchdrungen“ werden. Eine amerikanische Mission weilte kürzlich zwei Monate in Algerien, um die Aussichten einer wirtschaftlichen Durchdringung Algeriens durch die Vereinigten Staaten festzustellen. In dem Bericht heißt es: Die landwirtschaftlichen Quellen Algeriens sind nicht im entferntesten ausgenutzt. Weite Bodenflächen harren noch der Entwicklung. Die Methoden des Anbaues sind gut, besonders was Getreide anbetrifft. Die Verkehrserfordernisse können nicht im entferntesten durch vorrätige Materialien gedeckt werden. Die Einrichtung einer direkten Schifffahrtslinie zwischen den Vereinigten Staaten und Algerien wäre vollkommen zu rechtfertigen. (Hamb. Corr.) u.

Marokkos Bodenschätze sind zur Zeit in ihrer ganzen Ausdehnung noch wenig bekannt, ein abschließendes Urteil über den ganzen Reichtum des marokkanischen Bodens ist daher noch nicht möglich. Immerhin liegen Ergebnisse vor, die dem Lande und seiner Bergwerksindustrie eine große Zukunft verheißen: In erster Linie sind die Manganerze des östlichen Marokko zu nennen, die in der Rüstungsindustrie Frankreichs während des Krieges eine wichtige Rolle spielten. Die französische metallurgische Industrie brauchte im Monat 10 000 t Manganerze. Da nun die wenigen Lager in Frankreich selbst schon beinahe erschöpft sind, der Kaukasus, der früher das meiste Mangan lieferte, nicht in Betracht kam, die brasilianische Erzeugung endlich von den Stahlwerken der Vereinigten Staaten aufgebraucht wurde und Indien zu weit entfernt war, so war Frankreich auf Marokko in dieser Beziehung angewiesen. Nach dem Mangan sind es vor allem die Phosphatlager von El Borudj, welche die Aufmerksamkeit der Industrie auf sich ziehen und für die Versorgung Frankreichs und Marokkos mit Düngemitteln von der größten Bedeutung werden können. Die Lager nehmen eine sehr bedeutende Ausdehnung zwischen Guisser und El Borudj auf dem dortigen Hochplateau ein und enden im Süden in der Ebene des Umer Rebja. Augenblicklich ist man noch damit beschäftigt, die Grenzen des Phosphatgebiets näher festzulegen, um es durch eine Eisenbahn mit den wichtigsten landwirtschaftlichen Gegenden zu verbinden. — Außerdem finden sich in Marokko Eisenerzlager, insbesondere in dem Schaujahgebiet. Zwar handelt es sich um keine massiven Lager wie bei Oran und Uenza, aber immerhin sind sie von großer Bedeutung. Von den Brennmaterialien ist Petroleum und bituminöser Schiefer zu nennen. Für das Vorhandensein von Erdöl sind in Nordmarokko zahlreiche Anzeichen vorhanden, z. B. im Gharb, an den Ufern des Sebu und des Uergha, im Tale des Innauen und in der Gegend von Tasa. Bituminöse Schieferlager, aus denen in Frankreich und Schottland Petroleum zu Beleuchtungszwecken, Schmieröl und Paraffin gewonnen wird, finden sich an mehreren Stellen des Gharb, bei Meknes, Fez und Tasa. Auch sonst birgt der marokkanische Boden noch mineralische Schätze, z. B. Salz, Gips und Schiefer. (Nach Matin vom 5./12. 1918; Nachrichten 6, 1919.)

on.

Marktberichte.

Von den Eisenmärkten (11./1. 1919). Wie auf den Kohlenmärkten, so ist auch auf den Eisenmärkten die Heraufsetzung der Preise das Kennzeichen der Lage. Die bisherigen Höchstpreise entsprachen schon im Kriege für einzelne Sorten nicht mehr den Selbstkosten der Erzeuger. Statt des erwarteten allmählichen Abbaues der Kriegspreise, die für das deutsche Wirtschaftsleben unbedingt zu wünschen waren, sind seit Dezember v. J. sehr bedeutende Preisaufschläge eingetreten. Sie sind, wie der Roheisenverband ausführt, erforderlich geworden durch die erhebliche Ver-

teuerung der Rohstoffe (Erze, Koks, Kalkstein), durch den Ausfall billigerer Schmelzmaterialien, die durch andere teurere Erze ersetzt werden mußten, und vor allem durch die großen Lohnerhöhungen und die Einführung der Achtstundenarbeit. Für den Januar 1919 ist dann vom Roheisenverbande eine Preiserhöhung um durchschnittlich 85 M beschlossen worden.

Die eben kurz geschilderten Verhältnisse liegen auch in noch schärfer ausgeprägtem Maße im Siegerlande vor. Der größte Teil der Siegerländer Hochöfen mußte stillgelegt werden, weniger aus Mangel an Koks, als vielmehr wegen Arbeitermangel, vereinzelt auch wegen Stockung der Erzzufuhr; Ende Dezember v. J. waren im ganzen Siegerlande kaum ein halbes Dutzend Hochöfen noch im Betriebe. Vom 1./1. 1919 ab hat das Siegerländer Eisenstein-Syndikat weiter die Preise für Rohspat um 9,90 M und für gerösteten Spateisenstein um 12,70 M für die Tonne erhöht. — Die Stahlwerke im Siegerlande, die mit Braunkohlenbriketten betrieben wurden, sind durch die Besetzung des linksrheinischen Braunkohlengbietes von der Brennstoffzufuhr vollkommen abgeschnitten; da ihnen Kohlen auch nicht zur Verfügung gestellt wurden, so mußten sie den Betrieb einstellen. Da aber die Werke ohne das erforderliche Halbzeug nicht arbeiten können, so mußten auch sie größtenteils still gelegt werden, sofern sie nicht noch über etwas Vorrat verfügten.

In welchem Maße die Preise der Rohstoffe und Erzeugnisse seit Ausbruch des Krieges gestiegen sind, zeigt folgende kleine Zusammenstellung, die sich nur auf einige der wichtigsten Stoffe bezieht (für den Essener Bezirk):

	vor dem Kriege	Anfang Januar 1919	Steigerung in %
Roheisen:			
Hämatit	78,50 M	314,50 M	398%
Gießerei-Roheisen I	74,50 „	250, — „	333 „
Gießerei-Roheisen III	70,50 „	249, — „	351 „
Siegerländer Stahleisen	69, — „	240, — „	348 „
Spiegeleisen mit 8—10% Mn	79, — „	256, — „	324 „
Luxemb. Gießerei-Roheisen III	60, — „	215, — „	352 „
Eisenstein:			
Rostspat	18,50 „	54, — „	292 „
Rohspat	12,10 „	38,50 „	312 „
Halbzeug:			
Thomas-Rohblöcke	82,50 „	285, — „	346 „
Thomas vorgew. Blöcke	87,50 „	290, — „	332 „
Thomas-Knüppel	95, — „	300, — „	316 „
Thomas-Platinen	97,50 „	305, — „	314 „

Die Preissteigerungen haben sich also in einem ziemlich einheitlichen Rahmen gehalten, sie bewegen sich zwischen 300 und 400%.

Im Zusammenhange mit den vorstehend erwähnten Steigerungen haben sich selbstredend auch für die Fertigfabrikate die Preise erhöht. So hat die Drahtkonvention in Düsseldorf für Lieferung im 1. Vierteljahre 1919 erheblich höhere Preise für gezogene Drähte (45 M), für verzinkte Drähte (58 M), für Drahtstifte (52 M), für Walzdraht (35 M) usw. festgesetzt. Ebenso sind von den Blechwalzwerken wesentliche Preissteigerungen (für Grobbleche um 100 M, für Feinbleche um 150 M) vorgenommen worden, ferner von dem Verbands deutscher Nietenfabriken für Nieten (um 140—160 M für 1 t).

Auch der oberschlesische Eisenmarkt bot kein erfreuliches Bild. Zwar waren die oberschlesischen Hütten von Umständen verschont geblieben, doch wurde durch den Kohlen- und Elektrizitätsmangel, durch die verkürzte Arbeitszeit und die Umstellung auf den Friedensbetrieb die Erzeugung ganz erheblich, teilweise bis auf die Hälfte, herabgedrückt. Auch die Nachfrage war im allgemeinen recht gering, wenngleich noch genügend Aufträge vorlagen, die aber kaum ausgeführt werden konnten. Die stetig wachsenden Lohnforderungen der Arbeiter verschlechtern die wirtschaftliche Lage der oberschlesischen Hüttenindustrie immer mehr.

In allen Bezirken unserer deutschen Eisenindustrie hat also der Dezember 1918 eine ungeheure Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht, die hauptsächlich auf die Haltung der Arbeiter zurückzuführen ist. Diese — von politischen Hetzern aufgepeitscht — haben anscheinend jedes Augenmaß darüber verloren, wie sehr schon die Aussichten unserer früher so blühenden Eisenindustrie durch die Folgen des unglücklichen Kriegsausganges bedroht sind, und wie ihr Verhalten seit dem 9./11. 1918 nur dazu beitragen muß, diese Aussichten immer trüber zu gestalten und schließlich unsere Eisenindustrie gänzlich wettbewerbsunfähig zu machen, das heißt: sie zu vernichten. Es sei hier ein Leitaufsatz des bekannten englischen Fachblattes „Iron and Coal Trade Review“ kurz herangezogen, der zu denken geben sollte:

„Durch den Verlust von Elsaß-Lothringen und Luxemburg büßt Deutschland einen Bezirk ein, der vom Gesichtspunkt der Roh-eisen- und Stahlausbeute nahezu so wichtig ist wie Rheinland und Westfalen. Im Monat Juli 1914 betrug bei einer Gesamterzeugung von Roheisen von 1,56 Mill. t die Erzeugung in Westfalen 675 000 t, während aus Lothringen und Luxemburg 516 000 t stammten. Diese elsass-lothringische und luxemburgische Erzeugung wird

künftig, so nehmen wir an, keinesfalls mehr einen Teil der Produktion des deutschen Zollvereins bilden. Inzwischen gelangen durch die Besetzung eines $6\frac{1}{4}$ Meilen betragenden Streifens der rechten Rheinseite auch eine große Zahl rheinisch-westfälischer Werke in die Hände der Verbandsmächte. So wird wahrscheinlich etwas über die Hälfte der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung und ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kohlenerzeugung Deutschlands in dem von den Verbandsmächten besetzten Gebiete sich befinden. In gewissem Umfang handelt es sich hier nur um vorübergehende Maßregeln, aber auf alle Fälle wird Deutschland seine Vorherrschaft als Eisen- und Stahlerzeuger in Europa verlieren. — Ohne den Friedensbedingungen vorzugreifen, ist es ganz klar, daß die französische Roheisenerzeugung von $5\frac{1}{4}$ Mill. t auf annähernd 11—12 Mill., steigen wird, vorausgesetzt, daß die Werke ebensoviel erzeugen wie in der Zeit vor dem Kriege. Die deutsche Erzeugung wird entsprechend abnehmen. Wir werden infolgedessen in Zukunft wahrscheinlich drei Eisen- und Stahlproduktionsländer haben, nämlich Großbritannien, Frankreich und Deutschland, von denen jedes etwa rund 12 Mill. t jährlich produziert. Wir werden dafür sorgen müssen, daß, wenn diese Lage in Zukunft sich ändert, dies zu unserem Vorteil geschieht.“

Wth **

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt. Eine Belebung der Geschäftstätigkeit am Eisen- und Stahlmarkt ist das Kennzeichen der ersten Woche des neuen Jahres. Der Tatsache, daß sich die Kauflust noch nicht in besonderem Maße verstärkt hat, wird nur wenig Gewicht beigelegt. Einige Stahlwerke arbeiten bereits mit 85% ihrer Leistungsfähigkeit, im allgemeinen wird indes nur mit einer solchen von 65% gearbeitet. Für Roheisen besteht die Neigung, die Preise für noch nicht angelieferte Ware zu erniedrigen. Das Ausfuhrgeschäft entwickelt sich nur langsam. Die Roheisenerzeugung im Jahre 1918 bezifferte sich auf 38 506 000 t. Im Dezember wurden 3 434 000 t Roheisen hergestellt gegen 3 354 000 t im Vormonat. (Nach „Iron-Age“.) — Der Auftragsbestand des Stahltrusts betrug am 31./12. 7 379 000 t gegen 8 125 000 t im Vormonat und 9 478 000 t zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Wth.

Markt künstlicher Düngemittel (13./1. 1919). Die gewerbsmäßige Herstellung von Düngemitteln gewisser Mischungen ist auf Anordnung des Reichamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung nur denen gestattet, welche sich schon vor dem 1./8. 1914 gewerbsmäßig betrieben haben (s. S. 17). Über diese Anordnung kann man geteilter Auffassung sein. Der Mangel an Düngemitteln ist bekannt, und es sollten keine Bedenken getragen werden, die Herstellung des hier in Frage kommenden Mischdüngers auch anderen zu erlauben. Diejenigen Fabriken, welche sich vor dem 1./8. 1914 mit der Herstellung befafßten, genießen allerdings einen gewissen Vorrang. Aber man darf nicht vergessen, daß während des Krieges auch in der chemischen Industrie Betriebseröffnungen oder Erweiterungen vorgenommen worden sind, welche ausschließlich auf den Krieg eingestellt waren, und daß diese Betriebe nunmehr brachliegen. Um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, würde der eine oder andere Betrieb vielleicht an die Herstellung von Kunstdünger denken, wenn diesem Vorhaben nicht die angegebene Verordnung entgegenstände, abgesehen davon, daß der Erfindergeist unserer chemischen Industrie durch Zusammensetzung hochwertiger und minderwertiger Düngemittel vielleicht neue Wege fände, der Düngemittelnot wirksam zu begegnen. Dieser Vorschlag ist der Erwägung wert. Der Düngemittelhandel bemüht sich um Aufhebung der Zwangswirtschaft, wie aus Eingaben des Bundes deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futter- und Düngemittelhändler in Berlin an den Reichskanzler hervorgeht. Hauptsächlich erstrebt der Bund mangels sonstiger Gelegenheit für seine Mitglieder die Erlaubnis, sich auch auf anderen Gebieten betätigen zu dürfen, grundsätzlich also das gleiche, was in den vorausgegangenen Ausführungen für die Herstellung von Mischdünger vorgeschlagen wird.

Die Stimmung für Düngerkalk war im allgemeinen sehr fest. Alle Kalkwerke sind mit der Abgabe von Angeboten und der Hereinnahme von Aufträgen sehr zurückhaltend. Sie klagen über Kohlenmangel und erklären, auch nicht annähernd sagen zu können, ob und welche Menge Düngerkalk sie für Lieferung während der Frühjahrsmonate übernehmen können. Daß Transportschwierigkeiten die Versendung von Düngerkalk gegenwärtig unmöglich machen, ist mit Rücksicht auf das offene Wetter, das das Verbringen auf die Felder leicht gestatten würde, womit der zeitigen Feldbestellung wirksam vorgearbeitet werden könnte, lebhaft zu bedauern. Aus Anlaß der Erhöhung der Kohlenpreise werden vielfach auch für Kalkdünger höhere Preise gefordert, ein Vorgehen, das nur zu billigen ist. Aus den aus Handelskreisen vorliegenden Angeboten geht aber hervor, daß hier und da die Lage durch zu hohe Preisforderungen auszunutzen versucht wird, dem muß entgegengetreten werden. Grauer Mischkalk für Düngezwecke war zu 330—430 M die 10 t ab verschiedenen Stationen käuflich, und kohlenaurer Düngerkalk in Stücken und Brockenform mit etwa 95% in der Trockensubstanz kostete 160 M die 10 t ab Station. Von kohlenaurer Düngerkalk lag allerhand sonstiges Angebot zu sehr unterschiedlichen Preisen vor. Der Handel in Mitteldeutschland forderte für Ware ohne nähere Angabe bezüglich der Beschaffenheit bis zu 400 M, nach anderen

Angeboten für maschinenstreuferfertige Ware, garantiert 97%, bis zu 220 M die 10 t. Die Preise für westfälischen Kalkdüngemergel beliefen sich je nach Beschaffenheit der Ware auf 125—150 M die 10 t ab Werk. Gemahlener Kalk für Düngezwecke ohne sonstige nähere Bezeichnung war aus Kreisen der Hersteller zu 380 M die 10 t angeboten. Überhaupt scheinen gerade in den süddeutschen Bezirken vielfach hohe Preise gefordert zu werden. Vielleicht entschließt man sich dazu, die Preise einmal genau durchzusehen und zu ermäßigen, wo es eben angängig ist. Von schwefelsaurem Düngerkalk wollen die Landwirte nicht viel wissen, und ihr Mißtrauen wird berechtigt sein. Sein Wert ist verhältnismäßig gering, und die Preise sind viel zu teuer. Die starke Einschränkung der Koksherstellung um 50% wirkt entsprechend nachteilig auf die Herstellung von Ammoniumsulfat, ist aber notwendig, um mehr Kohlen für andere Zwecke zu erhalten. Daß die Bergarbeiter von einem Streik in einen neuen gehetzt werden, gestaltet die Kohlenerzeugung und die Gewinnung aller damit in Verbindung stehenden Stoffe immer schwieriger. — Über die Lage der Salpeterindustrie verlautete auch in neutralen Kreisen im allgemeinen wenig. Die Bestrebungen, Chilesalpeter durch künstlichen Salpeter zu ersetzen, werden in allen Ländern eifrig fortgesetzt, am meisten aber in Nordamerika, was den Werken doch große Bedenken bezüglich der zukünftigen Verwendung ihres Erzeugnisses verursacht. Bei dieser Sachlage scheint ihnen wohl die Überzeugung gekommen zu sein, die Gewinnung von Kali aus Salpeter tunlichst auszubauen, wofür aber lediglich die Preisfrage entscheidend ist. Diese neuartigen Bestrebungen der Salpeterindustrie bieten auch nach anderen Richtungen hin besonderes Interesse.

—m.

Der Preis für Superphosphat in Norwegen ist mit Gültigkeit vom 10./12. 1918 an von 0,85 auf 1 Kr. für das Hundertel wasserlöslicher Phosphorsäure erhöht worden. (Nachrichten 6. 19.)

u.

Erhöhung der Porzellanpreise. Der Verband deutscher Porzellanfabrikanten setzte einen Preisaufschlag von 33 $\frac{1}{3}$ % fest. — Die Preiserhöhung für Porzellan schwedischer Fabrikation beträgt jetzt 225% über Friedenspreis und bewirkt, daß das deutsche Porzellan sich um etwa 30—50% billiger stellt als das schwedische. Von einem englischen Wettbewerb auf dem schwedischen Markt ist, wie die schwedischen Zeitungen berichten, wenigstens in nennenswertem Umfange, bisher seitens der Porzellangroßhändler noch nichts verspürt worden.

u.

Tagesrundschau.

Geschäftsjubiläen. Die Firma **Hartmann & Hauers, G. m. b. H., Hannover**, eines der ältesten Unternehmen der Holzverkohlungsindustrie, kann am 25./1. auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Ihre noch heute lebenden Begründer, die Herren Fritz Hartmann und Rudolf Hauers, beide Schüler von Fittig und von Kraut, haben die Firma 41 Jahre lang erfolgreich geleitet und ihren Erzeugnissen den angesehenen Ruf verschafft, den sie heute überall genießen. Im Jahre 1910 wurde die Fabrik in Hannover mit dem 1895 angekauften Werk in Münden dem Konzern der Holzverkohlungsindustrie A.-G., Konstanz, angegliedert. Direktor ist seit 1910 Dr. Hilderich Hartmann.

u.

Die Firma **Oellindustrie Heinrich Rudolph in Frankfurt a. M.** blickte auf ihr 25jähriges Bestehen zurück.

u.

Eine **südamerikanische Landwirtschafts- und Industrieausstellung** (Exposición Agrícola Industrial Sud-Americana) wird, wie „Board of Trade Journal“ berichtet, vom 25. 1. 1919 an in Montevideo unter Leitung der „Nationalen Kommission für landwirtschaftliche Entwicklung“ (Comision Nacional de Fomento Rural), die eine staatliche Beihilfe bezieht, abgehalten werden und den Februar hindurch geöffnet bleiben. Die Regierung von Uruguay ist ermächtigt worden, 20 000 Pesos zu diesem Zweck beizusteuern.

dn.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Dem chemischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe ist von dem Ehrendoktor der Hochschule, Geh. Kommerzienrat Wolff in Karlsruhe, eine Spende von 10 000 M. für wissenschaftliche Zwecke überwiesen worden.

Das Prädikat Professor erhielt Dr. Freiherr Rausch von Traubenberg, Privatdozent für Physik an der Universität Göttingen.

Zu ordentlichen Honorarprofessoren an der Berliner Technischen Hochschule wurden ernannt: der ehemalige o. Professor und Direktor des chemischen Instituts an der Universität Kiel Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Karl Harries und der Privatdozent für

Pharmakologie und Toxikologie an der Universität Berlin Prof. Dr. med. Louis Lewin.

Dr. J. Weber, Professor am Technikum zu Winterthur, erhielt die *Venia legendi* bei der Technischen Hochschule für Geologie und Lagerstättenkunde der Rohstoffe des Bergbaus und der Industrie.

Wirkl. Geh. Oberreg.-Rat Neumann ist für die Dauer von 5 Jahren zum beigeordneten Mitglied der Reichsanstalt für Maß und Gewicht ernannt worden.

Sir Herbert Jackson trat von seinem Lehramt als „Daniell-Professor“ für Chemie am Londoner King's College zurück; er wurde zum Direktor der „British Scientific Instrument Research Association“ ernannt. Als Nachfolger wurde A. W. Crossley gewählt.

Der ordentliche Professor der Physiologie an der Universität Basel, Dr. med. et phil. Gustav v. Bunge vollendete am 19./1. das 75. Lebensjahr.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: Dr. Kawan, Verwaltungsrat der Koliner Raffinerie, zum Präsidenten der neugegründeten tschechoslowakischen Erdölindustrie; Vizepräsident ist Generaldirektor Hugo Heller von der Kraluper Mineralölraffinerie; Alois Fris zum Direktor der Zuckerfabrik Karlstal bei Svojsic; Ing. Wilhelm Schulmann, bisher technischer Verwalter der Zuckerfabrik Libau, zum Direktor dieses Unternehmens.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Chemiker Max Molineus und Rudolf Puller, beide in München, bei der Firma Germosanwerk, G. m. b. H., München; Dr. Franz Habersbrunner, Berlin-Schöneberg, bei der Firma Bayerische Glashütte Wolfratshausen, G. m. b. H., Wolfratshausen; Rudolf Hücking (zum stellvertretenden Geschäftsführer) bei dem Sundwiger Messingwerk, bisher Gebrüder von der Becke, G. m. b. H., Sundwig; Emil Richter, Berlin-Lankwitz, bei den Fürstenwalder Formsand-, Kies- und Glasurandgruben, vormals Sager & Hesse, G. m. b. H., Fürstenwalde.

Gestorben sind: Wilhelm Becker, langjähriger Direktor und seit 1913 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stahlwerk Becker A.-G., in Düsseldorf am 12./1. — Wilhelm Behm, Crommenohl, Prokurist und leitender Beamter der Zweigniederlassung Röhnsahl der Firma Cramer & Buchholz, Pulverfabriken, am 12./1. — Robert Bürkle, Inhaber der Papierfabrik Ismaning bei München. — Herbert Hollenbach, Betriebs-Ingenieur der Mannesmannröhrenwerke, Abt. Schweißwerk, Düsseldorf-Rath, im 31. Lebensjahre. — Ingenieur Kurt Majut, Betriebsleiter der Fantoschen Petroleumraffinerie in Ustrzyki, in Wien am 8./1. im Alter von 33 Jahren. — Domänenrat Ortman, Schependorf (Mecklenburg), am 14./12. 1918; der Verstorbene ist auf dem Gebiete der Jauchekonservierung hervorgetreten. — Kommerzienrat Victor Schweizer, Annaberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Erzgebirgischen Textilwerke A.-G., im 64. Lebensjahre. — Apotheker Dr. Rud. Securius, Bramsche. — Hermann Stoepel, ehemaliger Direktor der Zuckerfabrik Stavenhagen A.-G. — Wilhelm Westmeyer, Prokurist und Oberingenieur der „Kronprinz“ A.-G. für Metall-Industrie, Ohligs, Immigrath, am 13./1. — F. August Zimmermann, Seniorchef der Drogen-Einfuhrhandlung A. & M. Zimmermann Ltd., London, am 5./12. 1918.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Bei der ersten Vertreterversammlung des **Reichsausschusses der Akademischen Berufsstände**, dem auch der Verein deutscher Chemiker korporativ beigetreten ist (vgl. S. 16), waren am 14./12. 1918 zu Berlin 68 Mitglieder und Mitarbeiter, darunter 28 Verbände akademischer Berufe, vertreten. Der Vorsitzende, Dr. Böttger, teilte mit, daß der Reichsausschuß heute mit 70 Mitgliedern und Mitarbeitern über 220 000 Akademiker in sich vereine. Die Gründung des Reichsausschusses sei in ganz Deutschland mit Beifall begrüßt worden, zwölf örtliche Vereinigungen von Akademikern seien bereits gegründet. Direktor Dr. Pinkernerl gab einen kurzen Überblick über die Lage der Akademiker unter der neuen Regierung. Er stellte fest, daß die deutschen Akademiker sich überall und einmütig der Regierung zur Verfügung gestellt und, obwohl sie zum allergrößten Teile nicht auf dem Boden der neuen Regierung ständen, im vollen Maße ihre Pflicht getan hätten. Das sei ihnen durchaus übel belohnt worden. Man versuche, sich der Akademiker als williger Werkzeuge und Handlanger zu bedienen und ihnen das Recht der Mitbestimmung und die notwendige Freiheit der Betätigung nicht zu gewähren. An vielen Orten Sachsens ist den geistigen Arbeitern und den Akademikern das aktive und passive Wahlrecht zu den „Räten“ versagt worden. Die in der Industrie tätigen Akademiker, Volkswirte und Ingenieure haben nicht die Möglichkeit, ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Man verweist sie höhnisch auf den Zwang zum Anschluß an den Bund technisch-industrieller

Beamten, an den Werkmeister-Verein oder an Verbände von Bureauangestellten, die von der jetzigen Regierung approbiert sind. Der Referent hat mit dem Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, Herrn Bauer, konferiert und wenig Entgegenkommen bei seiner Bitte um Anerkennung der Ständesverbände der Akademiker als Vertretung akademisch gebildeter Dienstnehmer gefunden. Für den weitaus größten Prozentsatz, man kann sagen für fast alle Akademiker, ist der Anschluß an die approbierten Arbeitnehmerverbände unmöglich. Der Diplomingenieur, zumal derjenige, der auf bürgerlicher Grundlage steht, kann sich nicht an den Bund technisch-industrieller Beamten anschließen. Der Volkswirt gehört in den Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband und wird durch diesen vertreten und nicht etwa durch einen Verband von Bureauangestellten. Der Reichsausschuß muß mit allen Mitteln dahin wirken, daß die Forderung, die Akademiker durch ihre Ständesverbände vertreten zu lassen, gleichgültig, ob diese auch Arbeitnehmer aufnehmen, erfüllt wird. Gerade die Akademikergewerkschaft soll gegen den Terror der freien Gewerkschaften und gegen die monopolen Gelüste, die von der Regierung unterstützt werden, mit allen Mitteln arbeiten, nötigenfalls auch mit dem letzten, das ihr zur Verfügung steht. Die Versammlung sprach einmütig ihre Zustimmung zu dem Vorschlage, in diesem Sinne Stellung gegen die Regierung zu nehmen, aus. Sie bezeichnete es als außerordentlich bedauerlich, daß von seiten der Leitung des Reichsarbeitsamtes so wenig Verständnis für Akademikerfragen gezeigt wurde. Die Herren Dr. Lang (Verband Deutscher Diplom-Ingenieure) und Dr. H. E. Krüger (Deutscher Volkswirtschaftlicher Verband) zeigten an Hand zahlreicher Fälle der Praxis, wie zutreffend die Ausführungen des Referenten seien. Es würde ein unglaublicher Terror in den einzelnen Betrieben geübt. — Große Klage wurde geführt über Erlasse des Preussischen Kultusministeriums, die die Freiheit der Meinungsäußerung den Oberlehrern beschnitten, und die Disziplin der Schule zu lockern geeignet seien. Alle Redner betonten, daß die einzelnen Ständesverbände kaum in der Lage sein würden, ihre Forderungen durchzusetzen, daß lediglich der Zusammenschluß aller Akademikerververtretungen im R. A. B. dieses Ziel wirkungsvoll erkämpfen könnte. — Mit großer Freude sei festzustellen, daß dieser Zusammenschluß fast keine Lücke mehr aufweise. Jetzt muß Wert auf eine Propaganda unserer Gedanken gelegt werden. Auf Anregung von Dr. Sonnenschein, der unter dem Beifall der Versammlung äußerte, daß die Akademikerfragen zu wenig bekannt seien, und daß, um eine Verständigung herbeizuführen, die Gedanken des Reichsausschusses weiteste Kreise treffen müßten, wurde beschlossen, einen Ausschuß für Propaganda einzusetzen.

Die Satzung des Reichsausschusses und das Programm wurden genehmigt.

Der Arbeitsausschuß wurde gewählt. Jeder akademische Beruf bekam einen Sitz, 5 Vertreter der Mitarbeiter und 6 durch besonderes Vertrauen berufene Akademiker und Akademikerinnen wurden den Vertretern der Berufe zu Seite gestellt.

Schließlich wurde verhandelt über das Thema „Der Reichsausschuß und die Nationalversammlung“. Es wurde beschlossen, zur Fühlungnahme mit den politischen Parteien Vorsorge zu treffen, daß die Akademiker durch Abgeordnete in der Nationalversammlung genügend vertreten sind. Bei der Neuordnung der Verfassung und Verwaltung soll darauf geachtet werden, daß die Interessen des Reichsausschusses gewahrt bleiben.

Die Versammlung billigte das Vorgehen des Vorbereitenden Ausschusses gegen die Verzögerung der Einberufung der Nationalversammlung.

Der Ausschuß beschloß, falls die Wahlen für die Nationalversammlung über den 20./1. 1919 hinausgeschoben würden, und falls die Regierung nicht zugesichert habe, spätestens zehn Tage nach der Wahl die Nationalversammlung einzuberufen, eine Vertreterversammlung abzuhalten, um Maßnahmen zu treffen, einen Druck auf die Regierung durch den Reichsausschuß auszuüben.

Das folgende Telegramm wurde dem Reichsarbeitsamt übersandt: „Die deutschen Akademiker, vertreten durch den Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände, legen aufs schärfste Verwahrung ein gegen die Bevorzugung der freien Gewerkschaften durch die provisorische Regierung. Wie für alle Gewerkschaften und Ständesverbände, fordert der R. A. B. für die Ständesverbände der Akademiker, gleichgültig, ob sie Arbeitgeber aufnehmen oder nicht, Anerkennung als Vertretung ihrer berufstätigen Mitglieder. Insbesondere verlangt der R. A. B. für sich als Vertretung der berufstätigen Akademiker und für alle akademischen Ständesverbände die Hinzuziehung zu den Vorarbeiten für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Wir Akademiker lassen keine Unklarheit darüber, daß wir gesonnen sind, mit allen Mitteln, die unser Zusammenschluß uns gibt, für unsere Forderung einzutreten.“

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den Worten: Der Zusammenschluß der deutschen Akademiker hat zum Ziele das Wohl des gesamten Vaterlandes. Die Interessen der deutschen Akademiker verbinden wir mit den Interessen aller Berufsstände; im Namen der deutschen Kultur und der deutschen Freiheit fordern wir unsere Rechte.

Verein deutscher Chemiker.

Mitteilung der Geschäftsstelle.

Der Versand der Zeitschrift für angewandte Chemie hat regelmäßig Anfang jeden Jahres infolge Neuherstellung der Zeitungsverandliste, besonders in Anbetracht des in der Kriegszeit beschäftigten Postaushilfspersonals, zu gewissen Störungen Anlaß gegeben. Bei der Neueinführung der 4 verschiedenen Ausgaben häuften sich diesmal die Schwierigkeiten, besonders auch dadurch, daß zahlreiche Bestellungen auf die einzelnen Ausgaben erst im neuen Jahr einliefen. Infolgedessen konnten die Listen der Post erst von Anfang Januar ab übergeben werden, und als letzte Liste wurde jetzt diejenige der Empfänger der Ausgabe B hergestellt, so daß vom heutigen Tag ab auch die Empfänger der Ausgabe B auf die regelmäßige Zustellung ihres Zeitschriftsexemplars rechnen können. Die seit 1. Januar erschienenen Hefte werden in Sammelsendung nachgeliefert.

Um Zweifel zu beseitigen, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied natürlich immer die gleiche Ausgabe der Zeitschrift zu erhalten hat, gleichgültig, ob die verschiedenen Ausgaben in der einen oder anderen Nummer miteinander identisch sind oder nicht. Da es voraussichtlich noch einige Zeit dauern wird, bis die Post sich der veränderten Erscheinungsweise unserer Zeitschrift anpaßt, bitten wir, stets beim zuständigen Postamt auf ordnungsmäßige Lieferung, d. h. vor allem auch Beachtung der verschiedenen Ausgaben der Zeitschrift zu dringen.

Märkischer Bezirksverein.

Sitzung am 22./10. 1918 abends 8 Uhr im Meistersaal.

Vorsitzender: Dr. Wiegand, später Dr. Hans Alexander.

Schriftführer: Dr. A. Buss.

Der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Wiegand, eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 und bittet den Schriftführer, den Sitzungsbericht der letzten Sitzung und die Namen der aufzunehmenden und neu gemeldeten Mitglieder zu verlesen. Dann erteilt er das Wort Herrn Prof. Dr. Stock zu seinem Vortrag: *Der Chemieunterricht an den höheren Schulen*. An den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schließt sich eine Aussprache, an der sich die Herren Großmann, Hahn und Zeitler beteiligen.

Der Vorsitzende, Dr. Hans Alexander, spricht dem Vortragenden den Dank der Versammlung für seine Ausführungen aus. Der Abgeordnete zum Vorstandsrat, Prof. Dr. Hesse, berichtet dann über die Hauptversammlung in Cassel. Der Bericht löst eine recht lebhaft ausgeführte Aussprache über den Punkt: *Stellung der Chemiker im Heere* aus, an der sich beteiligen die Herren Buss, Schwarz, Stock, Hesse und Wiegand.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 15. Dr. A. Buss.

Sitzung am 26./11. 1918 abends 8 Uhr im Meistersaal.

Vorsitzender: Dr. Hans Alexander.

Schriftführer: Dr. A. Buss.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Darstellung der politischen Lage und weist darauf hin, daß auch ganz besonders die chemische Industrie durch die stattgehabte Umwälzung beeinflusst wird.

Der Schriftführer verliest den Sitzungsbericht vom 22./10. und verkündet die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder.

Darauf erhält Prof. Dr. Lindner das Wort zu seinem Vortrag: *„Das Getreide als Fettquelle. Neue Aufklärungen über die Frage des Kleiezusatzes zum Brot.“* Der Redner führt unter Vorführungen von Mustern, Mikrophotogrammen und Modellen etwa folgendes aus: Erfreulicherweise steckt im deutschen Getreide mehr Fett, als die gebräuchlichen Analysen angeben, da bei der Ätherextraktion das Fett der beim Mahlen unverletzt gebliebenen Zellen der dickwandigen Kleber oder Aleuronschicht, die dem Mehlkörper anliegt, noch zum größten Teil ungelöst bleibt. Leider vermag unser Darm sich den Inhalt nicht nutzbar zu machen, wie unsere Pflanzenfresser, die jene dicken Zellwände zur Lösung bringen können. Erst wenn diese einer kurzen Einwirkung starker Säuren bei höherer Temperatur ausgesetzt werden und aufgequollen sind, werden sie und auch der Zellinhalt von uns verdaut. Es ist daher Aufgabe der Zukunft, sämtliche Zellen der Aleuronschicht, womöglich noch am ganzen Korn, der Säurewirkung zu unterwerfen und sie dann erst der Brotbereitung zuzuführen. Indem wir dies an Kohlehydrat, Eiweiß und Fett reiche Material der Kleie, in welcher die Kleberschicht ein Hauptbestandteil ist, oder noch besser, die gesamte Kleberschicht des unverletzten oder nur schwach geschälten Kornes nach der Säurebehandlung unserem Darm zuführen, vermeiden wir die Verluste, welche die Kleie im Tierkörper erleidet, ehe sie dort Fleisch, Milch und Fett erzeugt. Solange wir aber nicht Einrichtungen für

die Säurebehandlung des Getreides haben, die bei ganzen Körnern technisch ja wesentlich vereinfacht hinsichtlich der späteren Trennung oder Neutralisation der Säure ausfallen würde, wird es allerdings zweckmäßig sein, die Kleie in den Brauereien oder Getreidebrennereien auf Treber zu verarbeiten, um diese letzteren dem Vieh zuzuführen, was noch den Vorteil hat, daß bei der Viehwirtschaft jene unglaubliche Verschwendung an Düngewerten, die wir uns in den großen Städten mit der Wasserspülung leisten, ausbleibt, sondern der Dünger sogleich wieder auf die Felder kommt und dort die neuen Ernten mit den nötigen Stoffen versorgt. In den genannten Gärungsbetrieben würden vor der Hand Bier und Kornbranntwein gewissermaßen nur Nebenerzeugnisse sein. Die Meinung, als ob im Keimling des Getreidekornes das meiste Fett stecke, ist falsch, da in der Kleberschicht etwa das Neunfache davon enthalten ist. Es entfallen auf die Keimlingsmasse im deutschen Getreide 83 000 t Fett, auf die Kleberschicht 746 000 t, wozu noch die Menge hinzuzuschlagen ist, welche durch die falsche Fettanalyse nicht zur Geltung gekommen und auf 166 000 t einzuschätzen ist, so daß der gesamte Fettgehalt des deutschen Getreides den ansehnlichen Betrag von 1 Mill. t darstellt. Dies entspricht der Gesamteinfuhr tierischer und pflanzlicher Fette im Jahre 1912/13. Redner ging auch auf die Vitamine ein, und wies darauf hin, daß die Vitamine gegenüber starken Säuren außerordentlich widerstandsfähig, während sie gegen Alkalien und Temperaturen über 120° äußerst empfindlich sind. Das säurevorbehandelte Korn, einschließlich Mais- und Reiskorn, werde also ein Brot liefern, bei dessen anhaltendem Genuß die Bevölkerung vor Beri-Beri, Pellagra und Skorbut verschont bliebe. Daß man so lange den Fettreichtum der Kleberschicht übersehen oder ihn nicht genügend gewertet hat, liegt daran, daß das Fett maskiert ist, wie das Fett in der Hirnsubstanz, das in kolloidalen Massen eingebettet ist, welche den Hinzutritt von Reagenzien stark hindern. Vortragendem ist es durch eine einfache mikroskopische Technik, die er bereits vor 23 Jahren bei der Untersuchung starkkörniger Bierhefezellen angewandt hat, gelungen, das Fett zum Verschmelzen zu großen Ölkugeln zu bringen und es dadurch von dem Plasma abgesondert in Erscheinung treten zu lassen. Daß er die Kleberzellen mit ihren vielen körnigen Bestandteilen in ähnlicher Weise wie körnige Bierhefezellen behandelte, gab die Veranlassung zu der Entdeckung des Fettreichtums jener. Er wies auch noch darauf hin, daß ebenso wie der Mensch auch das Geflügel unverletzte Kleberzellen nicht verdaut. In frischem Sperlingskot fand er die Kleberzellen ebenso unverändert wieder vor, wie in den menschlichen Faeces oder in den Birtrebern, die den Sudprozeß durchgemacht haben.

Daß der Redner mit seiner fesselnden Darstellung das lebhafteste Interesse der Versammlung fand, zeigte besonders die eingehende Aussprache, an der sich die Herren Alexander, Buss, Cohn, Elsbach, Fahrion, Freund, Hecker, Jung, Lüdecke, Parow, Rosenzweig, Stockhausen, Wolff und der Vortragende beteiligten.

Nachdem der Vorsitzende, Prof. Lindner, den Dank des Vereins ausgesprochen, erteilt er Prof. Dr. Großmann das Wort zu einer technischen Mitteilung: *Der Kellerschlauch als Ersatz für Gummischläuche*. Es ist dies ein aus gewelltem und imprägniertem Papier hergestellter Schlauch, der bis zu einer Atmosphäre Druck aushält, und sich im Laboratorium bestens bewährt hat. Günstige Erfahrungen hierüber teilen noch mit Dr. Rödiger und Dr. Rosenzweig.

Dann begründet Dr. M. K. Hoffmann den Antrag Hoffmann-Großmann: „Der Märkische Bezirksverein anerkennt in Hinblick auf die neue Lage die Notwendigkeit, sich an den neuen Bestrebungen der Akademiker, besonders der Techniker, zu beteiligen. Er ersucht daher den Vorstand des Hauptvereins um korporativen Beitritt des Vereins deutscher Chemiker zum Reichsausschuß der akademischen Berufsstände und empfiehlt gleichzeitig, auch dem Bund technischer Berufsstände, Berlin W 35, korporativ, wie einzeln beizutreten. Nur durch Anschluß an die beiden Verbände können die Chemiker den ihnen gebührenden Einfluß auf die derzeitige Regierung gewinnen.“

Aus der Aussprache über diesen Antrag, an der sich die Herren Alexander, Buss, Diehl und Wolff beteiligen, geht hervor, daß die Teilnahme der Chemiker an den Bestrebungen, die technischen Wissenschaften in der neuen Regierung zur Geltung zu bringen, außerordentlich nötig ist. Erfreulicherweise konnte Dr. Diehl mitteilen, daß der Hauptverein ebenfalls auf diesem Boden stehe und beschlossen habe, in einer der nächsten Nummern der Zeitschrift eine Aufforderung zum Beitritt an die Mitglieder zu erlassen. [Ist inzwischen geschehen, S. 16. — D. Schriftl.] Dr. Buss wünscht die Versendung von Aufforderungen in den Briefumschlägen gelegentlich der Versendung der Mitgliedskarten, die im Dezember und Januar stattfindet. Der Zusammenschluß sei auf jede mögliche Art zu fördern. Der Antrag Hoffmann-Großmann wird einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 20.

Dr. A. Buss.